
14923/J XXVII. GP

Eingelangt am 27.04.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Gerhard Kaniak
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Forderungskatalog der Österreichischen Gesellschaft für Unfallchirurgie**

Folgender Forderungskatalog der Österreichischen Gesellschaft für Unfallchirurgie erreichte in den letzten Wochen alle Parlamentsfraktionen:

Forderungskatalog

Die Versorgung von Schwerverletzten in Österreich steht vor dem Kollaps. Um Schaden von Patient:innen abzuhalten, fordert die ÖGU die Politik dringend zum Handeln auf

Problemkreis I: Dramatische Personalprobleme in den Spitälern: Der Beruf des Spitalsarztes braucht dringend einer Attraktivierung.

- *Neben dem Personalmangel in der Pflege besteht ebenso ein enormer Mangel an Fachärzt:innen, etwa bei Anästhesist:innen und Unfallchirurg:innen. Weiters wurden in den Spitälern in den letzten Jahren Bettenkapazitäten reduziert beziehungsweise umgeschichtet.*
- *Kritische Personalstände, hoher Druck und das strenge Arbeitszeitgesetz drängen Ärzt:innen immer mehr in den niedergelassenen Bereich.*
- *Dies trifft speziell auf Ärzt:innen aus dem neuen Sonderfach Orthopädie und Traumatologie zu, die sich vermehrt selbständig machen und den Spitälern fehlen.*

Problemkreis II: Ausbildungsdefizite in der Unfallchirurgie führen zu massiven Nachwuchsproblemen

- *Bei der Einführung des Sonderfaches „Orthopädie und Traumatologie“ wurden unfallchirurgische Ausbildungsinhalte gekürzt und vor allem die Schwerstverletztenversorgung nicht ausreichend abgebildet.*
- *In der Ausbildung zum Facharzt / zur Fachärztin für Orthopädie und Traumatologie fehlen zentrale Elemente wie Polytrauma, Bauch- und Brustkorbtrauma oder das Schädel-Hirn Trauma: Wissen, das in den*

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Schockräumen Österreichs auch in Zukunft täglich gebraucht wird, um Menschenleben zu retten.

- Die ungenügende Entlohnung der extrem herausfordernden Arbeit rund um die Uhr in den Akutspitälern gepaart mit schlechten Arbeitsbedingungen und einer Überlastung durch Personalknappheit führen zu schwerwiegenden Engpässen in der Schwerstverletzten-Versorgung.

Problemkreis III: Umsetzung von bundesländerübergreifenden Traumanetzwerken noch immer nicht erledigt: Großteil der Bundesländer untätig

- Im Österreichischen Strukturplan Gesundheit (ÖSG) 2017 wurde die Grundstruktur der Trauma-Versorgung Österreichs im Rahmen von bundesländerübergreifenden Traumanetzwerken festgelegt. Nur vereinzelte Projekte konnten bisher realisiert werden.
- Bei Traumanetzwerken werden durch die Abstimmung verschiedener Unfallabteilungen bzw. Unfallkrankenhäuser entsprechend ihrer jeweiligen Kompetenzen Aufgabenbereiche zugeordnet und damit sichergestellt, dass jede/r verunfallte Patient/in in der für die Behandlung ihrer bzw. seiner Verletzung optimal geeigneten Krankenanstalt versorgt wird.
- Durch diese Abstufung der Aufgaben ist von der Basisversorgung bis hin zur Schwerst-verletztenbehandlung die optimale Nutzung von fachlicher Kompetenz, vorgehaltenem Personal, Ressourcen- und Kostenoptimierung sichergestellt.
- Es ist wissenschaftlich belegt, dass die Überlebensrate von Schwerstverletzten durch die Sicherstellung der Versorgung im bestgeeigneten Zentrum wesentlich steigt.

Daher fordert die Österreichische Gesellschaft für Unfallchirurgie (ÖGU):

- (1) **Länder in der Pflicht:** Die Landespolitik ist aufgerufen, korrigierend in die Entwicklungen in ihren Spitälern betreffend Personalaufstockung, OP-Kapazitäten und Attraktivierung des Spitalsarzt-Berufes einzugreifen. Die Unfallversorgung darf nicht kaputtgespart werden!
- (2) **Bundesminister Johannes Rauch ist zur Unterstützung aufgerufen:** die Voraussetzungen für die rasche Umsetzung einer Ausbildung in „Vertiefender Unfallchirurgie“, insbesondere der Schwerstverletztenversorgung, sind im Rahmen des Sonderfaches Orthopädie und Traumatologie zu schaffen.
- (3) **ÖSG 2017 endlich umsetzen:** im Sinne einer optimalen Patientenversorgung sind die bereits seit sechs Jahren bestehenden verbindlichen Vorgaben der bundesländerübergreifenden Traumanetzwerke umgehend zu erfüllen. Es fehlt eine übergeordnete, österreichweite politische Anstrengung zur flächendeckenden Umsetzung, abseits von Bundesländergrenzen.

(4) Gefahr im Verzug: Die Politik ist aufgerufen, die unfallchirurgische Versorgung der Österreicher:innen auf höchstem Niveau auch in Zukunft sicherzustellen.

*Prim. Priv.-Doz. Dr. Vinzenz Smekal, Präsident der ÖGU
Prim. Assoc.-Prof. PD. Dr. Kambiz Sarahrudi, Prä-Präsident der ÖGU
Dr. Richard Maier, Bundesfachgruppenobmann, Österreichische Ärztekammer
Dr. Andreas Hartmann, Generalsekretär der ÖGU
Österreichische Gesellschaft für Unfallchirurgie*

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz folgende

Anfrage

1. Kennen Sie als zuständiger Gesundheitsminister den Forderungskatalog der Österreichische Gesellschaft für Unfallchirurgie (ÖGU)?
 - a. Wenn ja, seit wann?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
2. Welche Maßnahmen, insbesondere gesetzlich, organisatorisch, finanziell und personell, werden Sie als zuständiger Gesundheitsminister ergreifen, um von Seiten des Bundes die Spitäler betreffend Personalaufstockung, OP-Kapazitäten und Attraktivierung des Spitalsarzt-Berufes zu unterstützen?
3. Welche Maßnahmen werden Sie als zuständiger Gesundheitsminister ergreifen, um eine rasche Umsetzung einer Ausbildung in „Vertiefender Unfallchirurgie“, insbesondere der Schwerstverletztenversorgung, im Rahmen des Sonderfaches Orthopädie und Traumatologie sicherzustellen?
4. Welche Maßnahmen werden Sie als zuständiger Gesundheitsminister ergreifen, um die im Österreichischen Strukturplan Gesundheit 2017 (ÖSG 2017) bestehenden verbindlichen Vorgaben der bundesländerübergreifenden Traumanetze umgehend zu erfüllen?
5. Welche Maßnahmen werden Sie als zuständiger Gesundheitsminister ergreifen, um die unfallchirurgische Versorgung der Österreicherinnen und Österreicher auf höchstem Niveau auch in Zukunft sicherzustellen?